



Stadt Tett nang

Konzessionsvergabe zur Planung, Errichtung und Betrieb eines Giga-Breitbandnetzes durch Gewährung einer Zuwendung zur Schließung einer Wirtschaftlichen Deckungslücke

im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach KonzVgV

BEWERBERMEMORANDUM

Stadt Tett nang

Konzessionsvergabe zur Planung, Errichtung und Betrieb eines Giga-Breitbandnetzes durch Gewährung einer Zuwendung zur Schließung einer Wirtschaftlichen Deckungslücke



Bewerbermemorandum

Seite 2 von 17 Seiten

Inhaltsverzeichnis

1.	Gegenstand des Verfahrens	4
1.1.	Verfahrensgegenstand	4
1.2.	Projektgebiet	6
1.3.	Netzplankonzept	6
1.4.	Mindestanforderungen	6
1.5.	Leistungszeitraum	7
1.6.	Berechnung der Wirtschaftlichkeitslücke	7
2.	Vergabestelle / Terminologie	8
2.1.	Vergabestelle und Auftraggeber	8
3.	Formale Angaben zum Verfahren	8
3.1.	Art des Verfahrens	8
3.2.	Teilnahmeberechtigung	9
3.3.	Bewerbergemeinschaften	9
3.4.	Eignung / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer	9
3.5.	Ablauf des Verfahrens	10
3.6.	Angebotswertung	11
3.7.	Aufhebung des Verfahrens, Vergabevorbehalt	11
4.	Formale Vorgaben Teilnahmewettbewerb	12
4.1.	Form und Frist der Teilnahmeanträge	12
4.2.	Nachweis der Eignung	13
4.3.	Nachforderung von Unterlagen	13
5.	Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens	14
5.1.	Einverständnis der Bewerber	14
5.2.	Fragen zum Verfahren / freiwillige Registrierung	14
5.3.	Änderung und Aufhebung des Verfahrens	15

Stadt Tett nang

Konzessionsvergabe zur Planung, Errichtung und Betrieb eines Giga-Breitbandnetzes durch Gewährung einer Zuwendung zur Schließung einer Wirtschaftlichen Deckungslücke



Bewerbermemorandum

Seite 3 von 17 Seiten

5.4.	Landestariftreue- und Mindestlohngesetz	15
5.5.	Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren	16
6.	Einverständnis der Bewerber	16
7.	Vergabekammer.....	16
8.	Anlagen	17

1. Gegenstand des Verfahrens

1.1. Verfahrensgegenstand

Die Stadt Tett nang beabsichtigt, den Bau eines Gigabit-Netzes in den unterversorgten Gebieten durch Gewährung eines beantragten und bereits in vorläufiger Höhe gewährten Zuschusses nach Maßgabe der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (nachfolgend „Gigabit-RL 2.0“) vom 31.03.2023 in der Änderungsfassung von 2025 und der „Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ (nachfolgend „Gigabit-RR“) sowie durch eine bereits gewährte Zuwendung nach der VwV Gigabitmifinanzierung vom 27. Juli 2023 des Landes Baden-Württemberg an den Konzessionsnehmer zu fördern. Die endgültigen Förderanträge sollen nach erfolgreichem Abschluss des Vergabeverfahrens und auf Grundlage der Ausschreibungsergebnisse gestellt werden. Ziel der Maßnahme ist es, durch die Gewährung von Investitionsbeihilfen zu ermöglichen, die „dunkelgrauen Flecken“ auf dem Stadtgebiet gemäß Gigabitrichtlinie über ein Gigabit-Netz zu erschließen.

Gegenstand der Vergabe ist die Gewährung einer Zuwendung (Wirtschaftlichkeitslücke) für die Errichtung und den Betrieb einer nachhaltigen und hochleistungsfähigen Telekommunikationsnetzinfrastruktur durch einen privatwirtschaftlichen Betreiber für die Dauer von sieben Jahren. Der private Netzbetreiber verpflichtet sich, die entsprechende Infrastruktur auf eigene Kosten und auf eigene Rechnung zu planen, errichten und zu betreiben und gegenüber den örtlichen Endkunden zu marktüblichen Konditionen zur Verfügung zu stellen. Die eingesetzte FTTB-Technologie hat dabei eine Bandbreite von mindestens 1 Gbit/s symmetrisch für alle nicht ausreichend versorgte Teilnehmer zu gewährleisten.

Zudem erklärt sich der Konzessionsnehmer bereit, an interessierte Drittanbieter entsprechende Dienstleistungen (u.a. Telefonie, Internet, Mehrwertdienste wie auch Vorleistungsprodukte auf Open-Access-Basis) bereitzustellen.

Diese Zielversorgung soll mit dem Bundesförderprogramm sowie einer Kofinanzierung des Landes Baden-Württemberg gefördert werden und diesbezüglich folgender Technologie entsprechen: FTTB (Glasfaser bis zum Übergabepunkt im Gebäude).

Bewerbermemorandum

Seite 5 von 17 Seiten

Der ausgewählte Netzbetreiber muss deshalb eine zuverlässige Versorgung aller nicht ausreichend versorgten Teilnehmer in den Ausbaugebieten mit Bandbreiten von mindestens 1 Gbit/s symmetrisch gewährleisten.

Der Bieter plant, errichtet und betreibt die erforderliche passive und aktive Netzinfrastruktur, welche zur Erschließung der unterversorgten („dunkelgraue Flecken“-) Adressen nötig ist.

Der Konzessionsnehmer muss hierzu alle Leistungen erbringen, die notwendig sind, um die verlangte Breitbandversorgung herzustellen und deren Betrieb auf Dauer gewährleisten zu können.

Dies umfasst unter anderem jegliche Leistungen zur Netzplanung (Genehmigungs- und Ausführungsplanung), zur Realisierung der erforderlichen passiven und aktiven Infrastrukturen und zum beständigen Betrieb. Vorhandene Leerrohre und Glasfaserkabel des Konzessionsnehmers sowie Dritter sind in die Planung und Umsetzung einzubeziehen, sodass der Tiefbauanteil minimiert wird. In diesem Zusammenhang wird zudem auf den Infrastrukturatlas des Bundes verwiesen.

Verlegearten sind im Netzplankonzept detailliert darzustellen und im Auftragsfalle mit dem zuständigen Wegebausträger abzustimmen. Erforderliche Zustimmungen sind bei diesem im Einzelfall einzuholen. Zudem sollen neue Trassenabschnitte möglichst in erdverlegter Bauweise errichtet werden. Die Lage und Verlegeart der geplanten Trassen sind in Form von Karten und georeferenzierten GIS-Daten darzustellen.

Mit der Intention, die Kosten für den Tiefbau zu reduzieren, ist die Anwendung von innovativen Verlegemethoden und Tiefbautechniken zu prüfen. Die Bieter sollen bereits in ihren Angeboten darstellen, ob und in welchem Maße Tiefbauaufwände im Projektgebiet durch den Einsatz von innovativen Verlegemethoden und Tiefbautechniken reduziert werden könnten. Dabei ist die geplante Verlegemethode oder Technik zu erläutern und deren Vorzüge und Einsparpotentiale darzustellen.

Die Vorgaben der Fördermittelgeber sind zu beachten. Hierbei sind insbesondere folgende Fristen zu beachten:

- Baubeginn spätestens am 20. Mai 2027 (Ziffer 4.6.1 des Förderbescheids)
- Inbetriebnahme spätestens zum 31. Dezember 2030

Bewerbermemorandum

Seite 6 von 17 Seiten

Weitere Informationen erhalten die Bewerber, welche zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

1.2. Projektgebiet

Zur Bestimmung des Projektgebiets wurde im Vorfeld ein Markterkundungsverfahren unter Einhaltung der Vorschriften des europäischen und nationalen Beihilferechts durchgeführt. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Markterkundung wurden Adresspunkte als „dunkelgraue Flecken gemäß Gigabitrichtlinie“ eingestuft.

Die genaue Lage der Ausschreibungsgebiete sowie die Adressen unterversorgter Gebäude können den Plänen und Listen im Anhang entnommen werden.

1.3. Netzplankonzept

Das Angebot der Bieter muss ein Ausbaukonzept enthalten. Dieses technische Konzept zur Realisierung der Breitbandinfrastruktur beinhaltet sowohl die Netzerrichtung als auch den Netzbetrieb.

Die Netzpläne zur Beantragung des endgültigen Zuwendungsbescheids durch die Bewilligungsbehörde, müssen dem Konzessionsgeber entsprechend den GIS-Nebenbestimmungen und dem Materialkonzept in den zum Zeitpunkt aktuell gültigen Fassungen überreicht werden. Die Netzpläne sind durch den Bieter fristgemäß zu erstellen. Diesbezüglich wird den Bietern empfohlen, die im technischen Angebot dargestellten Angaben gemäß den GIS-Nebenbestimmungen und dem Materialkonzept einzureichen.

1.4. Mindestanforderungen

Für die ausgeschriebenen Konzessionen sind die nachfolgend dargestellten Mindestanforderungen zu beachten. Das zu beauftragende finale Angebot muss diese Mindestanforderungen beachten. Mindestanforderungen dürfen auch im Rahmen von Verhandlungen nicht geändert werden, vgl. § 12 Abs. 2 KonzVgV.

Mindestanforderungen sind:

- der im Verfahren ausgewählte Betreiber muss für eine Zeit von mindestens sieben Jahren Mitbewerbern Zugang auf Vorleistungsebene zu der neu geschaffenen Infrastruktur, einschließlich einer nachfragegerechten Entbündelung einräumen („open

Bewerbermemorandum

Seite 7 von 17 Seiten

access“). Im Rahmen dieses Zugangs ist für mindestens sieben Jahre eine vollständige physikalische Entbündelung des Teilnehmeranschlusses sowie Bitstream-Zugangs bereitzustellen. Ein zeitlich unbefristeter offener Zugang ist für die Nutzung von Kabelschutzrohren und Masten, unbeschalteten Glasfaserleitungen und Straßenverteilerkästen zu gewähren. Der offene Zugang muss sowohl für die geförderte Infrastruktur als auch für die für die jeweilige Maßnahme eingesetzte, schon existierende Infrastruktur (des Netzbetreibers) gewährt werden. Der Zugang ist unverzüglich auf Nachfrage zu gewähren. Die Verpflichtung zum offenen Netzzugang gilt unabhängig von der Veränderung bei Eigentumsverhältnissen.

- Die Auftraggeber sind verpflichtet, die Einhaltung EU-rechtlicher Vorgaben, die mit dem Subventionsempfänger vertraglich vereinbart wurden, regelmäßig zu überwachen und der Bewilligungsbehörde jederzeit hierüber Auskunft zu geben. Die auf dieser Grundlage vorgesehenen vertraglichen Regelungen sind nicht verhandelbar.
- Der zukünftige Betreiber ist verpflichtet, weitere Diensteanbieter zu vorher festgelegten, gleichen, nicht diskriminierenden Bedingungen in einem transparenten Verfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der Vergabeordnung zuzulassen und eigene Endkunden in dem versorgten Gebiet nicht zu Sonderbedingungen zu bedienen. Über die Einhaltung dieser Bedingungen wachen die Auftraggeber.

1.5. Leistungszeitraum

Mit den vertragsgegenständlichen Leistungen ist nach Zuschlagserteilung zu beginnen. Der Betriebszeitraum beträgt sieben Jahre.

1.6. Berechnung der Wirtschaftlichkeitslücke

Gegenstand der Förderung ist eine Wirtschaftlichkeitslückenförderung nach Ziffer 3.1 der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 31.03.2023, in der Änderungsfassung vom 13.01.2025 (Gigabit-Richtlinie 2.0) und der Gigabit-Rahmenregelung vom 1.8.2024 „Gigabit-RR“). Die Förderung darf durch den Konzessionsnehmer ausschließlich zur Errichtung und zum Betrieb des Netzes im Ausbauggebiet verwendet werden.

Im Einzelnen müssen die Angebote die in § 6 Abs. 2 Gigabit-RR genannten Angaben umfassen.

Stadt Tett nang

Konzessionsvergabe zur Planung, Errichtung und Betrieb eines Giga-Breitbandnetzes durch Gewährung einer Zuwendung zur Schließung einer Wirtschaftlichen Deckungslücke



Bewerbermemorandum

Seite 8 von 17 Seiten

Hierfür wird eine Excel-Datei bereitgestellt, die von jedem Bieter mit der Abgabe des Angebots ausgefüllt einzureichen ist.

2. Vergabestelle / Terminologie

2.1. Vergabestelle und Auftraggeber

Vergabestelle und Auftraggeber der ausgeschriebenen Leistungen ist die Stadt Tett nang.

Die Stadt Tett nang wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Der zukünftige Vertragspartner wird als „Konzessionsnehmer“ oder „Betreiber“ und für die Dauer dieses Vergabeverfahrens auch als „Bewerber“ oder „Bieter“ bezeichnet.

Auftraggeber und Betreiber werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

3. Formale Angaben zum Verfahren

3.1. Art des Verfahrens

Das vorliegende Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb entsprechend § 12 KonzVgV i.V.m. § 17 VgV durchgeführt. Die Ausgestaltung des Verfahrens zur Vergabe der Konzession erfolgt gemäß § 12 Abs. 1 KonzVgV und orientiert sich an dem Ablauf eines Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb, insbesondere unter Berücksichtigung der Vorgaben der Richtlinie 2014/23/EU, des GWB sowie der KonzVgV.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die Auftragsbekanntmachung ist auf der Homepage <http://ted.europa.eu> abrufbar. Ergänzend wurde das Vergabeverfahren unter portal.gigabit-pt.de bekannt gemacht.

3.2. Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der europaweiten Vergabebekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

3.3. Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

3.4. Eignung / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Unternehmen gemäß § 25 Abs. 3 KonzVgV zur Erfüllung der Eignungskriterien Kapazitäten anderer Unternehmen einbeziehen darf, unabhängig davon, welche rechtlichen Beziehungen zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehen. In diesem Fall ist durch Vorlage einer entsprechenden Verpflichtungserklärung nachzuweisen, dass das angegebene, andere geeignete Unternehmen dem Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft im Fall der Konzessionsvergabe auch tatsächlich zur Verfügung steht.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der europaweiten Auftragsbekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt.

Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Anforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Sofern ein Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die finanzielle Leistungsfähigkeit nach der EU-weiten Auftragsbekanntmachung ganz oder teilweise die Kapazitäten anderer Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), haftet/haften diese(s) Unternehmen im Auftragsfalle gemeinsam neben dem Konzessionär für die Auftragsausführung als Gesamtschuldner.

Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag zu benennen, soweit sie dem Bewerber bereits bekannt sind. Sind sie ihm noch nicht bekannt, so sind im Teilnahmeantrag die Leistungen anzugeben, für welche der Bewerber die Einbindung Dritter beabsichtigt.

3.5. Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert.

Phase 2 – Angebotsphase:

Die Bestimmungen zum Ablauf der Angebots- und Verhandlungsphase sind im „Verfahrensleitfaden“ dargestellt.

Die Vergabestelle plant alle geeigneten Bewerber auszuwählen und zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Die Vergabeunterlagen werden allen zur Abgabe eines ersten Angebots ausgewählten Teilnehmern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt, die den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Bewerbern zugehen werden. Auf Grundlage dieser Unterlagen erarbeiten die Bieter ein erstes Angebot.

Nähere Einzelheiten zu inhaltlichen und formalen Vorgaben bzgl. der Konzepte werden den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bietern mit Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt.

Die Vergabestelle behält sich vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuschneiden, nur mit einzelnen anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen.

Nach erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

Stadt Tett nang

Konzessionsvergabe zur Planung, Errichtung und Betrieb eines Giga-Breitbandnetzes durch Gewährung einer Zuwendung zur Schließung einer Wirtschaftlichen Deckungslücke



Bewerbermemorandum

Seite 11 von 17 Seiten

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens ist folgender **Zeitplan** vorgesehen:

August 2026:	Aufforderung zur Angebotsabgabe
Mitte September 2026:	Angebotsfristende des indikativen Angebots
September 2026:	Verhandlungsverfahren
anschließend	Aufforderung zur Abgabe eines verbindlichen Angebots
November 2026	Zuschlag

Die vorgenannten Termine sind unverbindlich. Den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bietern werden die genauen Termine mit Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert mitgeteilt.

3.6. Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote in Phase 2 und damit die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt nach folgenden Kriterien:

Kriterium	Gewichtung in %
Niedrigste Wirtschaftlichkeitslücke	55
Kürzester Zeitraum Gesamtfertigstellung ab Zuschlagserteilung	20
Günstigste Endkundenprodukte	10
Service und Vertrieb	15

Die für die Angebotsphase ausgewählten Bieter erhalten nähere Informationen zu den Zuschlagskriterien und möglichen Unterkriterien. Die Vergabestelle behält sich eine geringfügige Modifikation der Zuschlagskriterien vor.

3.7. Aufhebung des Verfahrens, Vergabevorbehalt

Die Vergabestelle ist nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen. Sie ist berechtigt, das Vergabeverfahren aufzuheben.

Der Konzessionsgeber behält sich daher nach Maßgabe der rechtlichen Vorgaben bei der Nichtfinanzierbarkeit des Projektes (insbesondere aufgrund einer Nichtgewährung von Fördermitteln), sowie bei einer auf Grundlage der Verhandlungen deutlich werden Unwirtschaftlichkeit vor, die Investitionsbeihilfe für die Errichtung des Hochgeschwindigkeitsnetzes im Ausschreibungsgebiet bzw. in Teilgebieten nicht zu vergeben bzw. das Ausschreibungsverfahren aufzuheben.

Den Bewerbern/Bietern stehen für den Fall der Aufhebung des Verfahrens keine Ansprüche auf Erstattung von Aufwendungen, Schadensersatz o.ä. zu.

4. Formale Vorgaben Teilnahmewettbewerb

4.1. Form und Frist der Teilnahmeanträge

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags ist das in der Anlage beigefügte **Teilnahmeformular** auszufüllen.

Der Teilnahmeantrag muss elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über das Online-Vergabeportal unter folgendem Link

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMXN1>

bis spätestens

5. August 2026, 12:00 Uhr

eingereicht werden.

Die Dateien müssen im Dateiformat „**PDF**“ erstellt sein.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal „*dtvp.de*“ zu erfolgen. Diese erfolgt über den Menüpunkt „*Teilnahmeanträge*“. Dort wird das kostenlose „*Bietertool*“ bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtv.de weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu

technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe des Teilnahmeantrags grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig auf elektronischem oder postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder E-Mail, sind nicht zugelassen.

4.2. Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben der EU-weiten Auftragsbekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus den Vorgaben des Teilnahmeformulars.

Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung der EU-weiten Bekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte **Teilnahmeformular** inklusive den dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend der Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

4.3. Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

5. Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

5.1. Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

5.2. Fragen zum Verfahren / freiwillige Registrierung

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren ausschließlich mittels Vergabepattform unter

<https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZMXN1>

zu stellen.

Fragen, die nicht bis zum **24. Juli 2026, 12:00 Uhr** in Textform eingereicht wurden, können grundsätzlich nicht mehr vor Ablauf der Teilnahmefrist beantwortet werden.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden unter vorstehend genanntem Link zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die unter vorstehendem Link veröffentlichten Antworten und Informationen. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.

5.3. Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

5.4. Landestariftreue- und Mindestlohngesetz

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich in Phase 2 des Verfahrens bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Bei der Angebotsabgabe ist eine schriftliche Verpflichtungserklärung des Bieters gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 (Tariftreueerklärung) sowohl für den Bieter als auch für die Nachunternehmen und Verleihunternehmen, die der Bieter bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen einbinden möchte, abzugeben.

5.5. Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge und der Angebote wird den Bewerbern / Bietern keine Entschädigung gewährt. Die eingereichten Bewerbungsunterlagen verbleiben bei der Vergabestelle.

6. Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

7. Vergabekammer

Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Durlacher Allee 100
76137 Karlsruhe
Telefax: +49 7219263985

Stadt Tett nang

Konzessionsvergabe zur Planung, Errichtung und Betrieb eines Giga-Breitbandnetzes durch Gewährung einer Zuwendung zur Schließung einer Wirtschaftlichen Deckungslücke



Bewerbermemorandum

Seite 17 von 17 Seiten

8. Anlagen

- **Anlage 1:** Teilnahmeformular
- **Anlage 2:** DSGVO
- **Anlage 3:** Leistungsbeschreibung
- **Anlage 4:** Zuwendungsbescheide